

Politik zum Mitmachen: Jugenddeliberation im Internet

**Robert Krimmer
Josef Makolm
Peter Parycek
Sigrid Steininger
Manuel Kripp**

**Arbeitspapiere zu
elektronischen Wahlen
und Partizipation
Nr. 1/2007**

**Herausgeber:
Kompetenzzentrum
für elektronische
Wahlen und Partizipation
(E-Voting.CC)**

www.e-voting.cc/topics/wp/

 **e-voting.cc**

Politik zum Mitmachen: Jugenddeliberation¹ im Internet

Robert Krimmer, Manuel Kripp

Kompetenzzentrum für elektronische
Wahlen und Partizipation (E-Voting.CC)
Pyrkergasse 33/1/2
A-1190 Wien
[r.krimmer | m.kripp}@e-voting.cc](mailto:{r.krimmer|m.kripp}@e-voting.cc)

Josef Makolm

Bundesministerium für Finanzen
IT-Prüf- und Kontrollstelle in der IT-Sektion
Hintere Zollamtsstraße 4
A-1030 Wien
josef.makolm@bmf.gv.at

Peter Parycek

Bundeskanzleramt und
Donauuniversität Krems
peter.parycek@donau-uni.ac.at

Sigrid Steininger

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur,
Abteilung Politischen Bildung,
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien
sigrid.steininger@bmukk.gv.at

Abstrakt

Das österreichische Bundesrechenzentrum (BRZ) initiierte mit Partnern sein bisher größtes E-Partizipationsprojekt **mitmachen.at**. Jugendliche zwischen 15 und 25 aus dem In- wie Ausland hatten im Internet die Möglichkeit, in einem vierstufigen Prozess bestehend aus Information & Kommunikation, Analyse, Validierung und Veröffentlichung, zu einem umfassenden Positionspapier mit ihren Anliegen für die Zukunft beizutragen. Dieser Artikel stellt den zugrunde liegenden deliberativen Prozess von Carl-Markus Piswanger vor, fasst die Erfahrungen und Beobachtungen des wissenschaftlichen Beirats des Projekts zusammen und erarbeitet Verbesserungspotenzial für künftige E-Partizipations-Projekte.

Schlagworte

**E-Partizipation
Deliberation
Jugend**

¹ Deliberation (Beratschlagung, Überlegung) als eine Methode des Abwägens, zur Entscheidungsfindung oder um sich über Themen auszutauschen. Sie wird im Rahmen von Deliberationsforen als eine neue Form des politischen Lernens vor allem in Schulen erprobt.

1. Einleitung

Demokratie in ihren verschiedenen Formen mit freien und gleichen Wahlen sowie Redefreiheit hat sich weltweit zu einem Garant für Frieden und Stabilität entwickelt. Die Zahl der Länder, die die Demokratie als Staatsform gewählt haben, hat seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich zugenommen [UNDP02]. Nicht zuletzt wegen der weltweit sinkenden Wahlbeteiligung [IDEA02] spricht man aber mittlerweile von einer Krise der Demokratie. Diese Entwicklung kann auch in Österreich trotz einer im internationalen Vergleich hohen Wahlbeteiligung beobachtet werden. Insbesondere bei Jugendlichen ist es zunehmend schwierig, die Begeisterung für Demokratie und politische Partizipation zu wecken.

Die rasante Verbreitung des Internets seit den 1990er-Jahren hat eine Reihe von Transformationsprozessen in Gang gesetzt, nicht zuletzt die des E-Commerce und zuletzt des E-Government. Oft wird nun auch die Hoffnung auf einen ähnlichen Transformationsprozess im Bereich der E-Demokratie gesetzt. Unter E-Demokratie verstehen Reinermann und von Lucke [vLRe04] die elektronische Abbildung von demokratischen Prozessen. Diese bestehen nach Parycek und Seeböck [PaSe03] aus drei aufeinander folgenden Schritten:

- (1) Informationsbeschaffung,
- (2) Meinungsbildung und
- (3) Entscheidung.

Dem schwedischen Forscher Joachim Aström [Astr01] zufolge wird die Einführung der E-Democracy zu einer Ausbildung von einem der drei folgenden Szenarien führen:

- „Dünne“ Demokratie: Der Wähler / die Wählerin wählt seine RepräsentantInnen und bekommt von diesen in regelmäßigen Abständen Informationen über die Entscheidungsprozesse zurück.
- Schnelle Demokratie: In einer solchen Demokratie sind die PolitikerInnen nur mehr Handlanger der BürgerInnen, denn jede Entscheidung wird von diesen gefällt. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden über alles und jeden.
- Starke Demokratie: In diesem Modell gibt der Bürger / die Bürgerin an die PolitikerInnen ständig Feedback zu verschiedenen Optionen und es herrscht eine regelmäßige Interaktion.

Das Konzept der starken Demokratie baut in vermehrtem Maße auch auf das Konzept der Deliberativen Demokratie auf, das maßgeblich von Jürgen Habermas [Habe62] und Benjamin Barber [Barb84] geprägt wurde. Unter Deliberation wird verstanden, dass durch Kommunikation und (fachliche) Diskussion über ein politisches Thema, das Verständnis und die Entscheidungsqualität der Beteiligten erhöht werden.

Das österreichische Bundesrechenzentrum (BRZ), eine 100%-Tochter des österreichischen Finanzministeriums, engagiert sich seit dem Jahr 2004 verstärkt im Bereich der E-Demokratie und greift dabei auf einen vom Projektverantwortlichen Carl-Markus Pischwanger entwickelten Prozess zurück. Basierend auf den Erfahrungen der Projekte seitdem [Pisw05], der AuslandsösterreicherInnenumfrage [Buch06] und dem Jugendprojekt in der Stadt Ebreichsdorf [Pisw06] startete das BRZ in Kooperation mit zahlreichen Partnern das Projekt mitmachen.at, ein auf fünf Monate angelegtes Projekt zur bundesweiten (und sogar über die Grenzen Österreichs hinausreichenden) Jugendpartizipation im Internet.

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Teile:

- (1) die allgemeine Erklärung des verwendeten Deliberationsprozesses,
- (2) das Projekt mitmachen.at im Detail sowie
- (3) den Lessons learnt, also den gemachten Erfahrungen.

2. Der deliberative E-Partizipationsprozess

Den Rahmen für den deliberativen E-Partizipationsprozess bildet der von Piswanger [Pisw04] erstmals vorgestellte und dann weiterentwickelte 4-stufige Prozess. Dieser praxisorientierte Ansatz und seine Anwendung werden im folgenden Abschnitt vorgestellt.

Das zugrunde liegende Modell folgt dem Konzept einer deliberativen Partizipation über das Internet. Es bietet den Beteiligten Transparenz und die Planbarkeit ihrer Partizipation durch die Aufteilung in mehrere Stufen. Die Beteiligung ist in folgende vier Phasen geteilt:

- (1) Informations- und Kommunikationsphase,
- (2) Analysephase,
- (3) die Konzeptgestaltung mit der Ableitung von Maßnahmen sowie
- (4) Veröffentlichungsphase mit der Kundmachung der Ergebnisse.

2.1. Die Informations- und Kommunikationsphase

In der Informationsphase wird der Zeitrahmen und Ablauf des Gesamtprozesses für die TeilnehmerInnen dargestellt. Darüber hinaus werden auch die zusätzlichen Informationsaktivitäten des Prozessinhabers dargestellt. Im Idealfall beginnt diese Informationsphase mit einem Kick-off Treffen bei dem den möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erste Informationen zugänglich gemacht werden. Dabei wird besonders auf die Gliederung des Beteiligungsthemas in Themenbereiche geachtet, was später die Informationssammlung der Teilnehmenden und die Bereitstellung kanalisierter Information durch den Initiator erleichtern soll. Die Themenbereiche sollen dabei laut Piswanger möglichst allgemein gehalten sein und die Möglichkeit der Unterteilung in vordefinierte und frei zu definierende Kategorien erlauben.

Die Verwendung des Internets als Beteiligungskanal eröffnet dabei bereits bei der Beschaffung der Informationen durch die

Teilnehmenden maßgebliche Vorteile. U.a. die zeitliche und örtliche Unabhängigkeit und verschiedene Zugangsmöglichkeiten; von Zuhause, aus dem Büro, einer Bildungseinrichtung oder einem Internet-café. Die Aufbereitung von komplexen (statistischen) Zusammenhängen – insbesondere der Hinweis auf Hintergrundinformation – wird durch die Möglichkeiten der vernetzten Publikation erleichtert. Die themenunabhängige Verlinkung unterschiedlicher Informationen und Quellen ist eine weitere Möglichkeit, die Piswanger empfiehlt, und die sich durch die Verwendung der Technologie des Internets einfach realisieren lässt.

Die Informationsphase ist durch einen klar definierten Zeitrahmen geprägt, der den Beteiligten genug Zeit zur Auseinandersetzung mit dem Thema, zur Informationssammlung und zum Nachdenken lässt. Die Notwendigkeit der ausreichenden Information der Beteiligten durch die Initiatoren des Online-Partizipationsprozesses ist eine Voraussetzung. Diese Bereitstellung von Information wird noch bedeutender mit der Erhöhung der Reichweite und des Grades der Einflussnahme der zu treffenden Entscheidungen.

Als Alternativen zur Einwegkommunikation mit den Beteiligten gibt es laut Piswanger die Möglichkeit, die Informationsphase durch interaktive Unterstützung von Beginn zu fördern, hierfür bieten sich unter anderem Foren oder Chats mit Expertinnen und Experten an.

Diese Möglichkeiten wurden von Piswanger im Rahmen der Implementierung weiter ausgearbeitet, um den deliberativen Charakter des Beteiligungsverfahrens zu stärken.

Die Diskussion offener Fragen sowie von eingereichten Konzepten zu einzelnen Themengebieten ist der Kern des Verfahrens. Die Diskussion kann dabei horizontal und vertikal geführt werden. Und durch die thematische Gliederung kann die Gestaltung und Analyse der Vision durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam erarbeitet werden.

Ziel der Deliberation in diesem Modell ist, in den einzelnen Kategorien und Bereichen das „Wie“ und das „Was“ zu beleuchten. Dies wird durch eine Diskussion entlang der Konzepte erleichtert. Piswanger empfiehlt dafür den Einsatz eines Moderators / einer Moderatorin während des Diskussionsprozesses. Ziel ist nicht unbedingt die Zensur und damit das Sondieren und Aus-sortieren von Beiträgen, sondern eine

möglichst hohe Qualität des Diskussionsprozesses.

In der Informations- und Kommunikationsphase findet der Großteil der Deliberation statt, deren Qualität und Öffentlichkeit in den folgenden Phasen intensiviert und weiterentwickelt wird.

2.2. Die Analysephase

Eine ExpertInnenkommission ist Hauptakteur in der Analysephase. Die erstellten Beiträge der TeilnehmerInnen werden ihr zur Durchsicht, Aggregation und Bewertung vorgelegt. Die Beiträge werden innerhalb der in der Informationsphase festgelegten Kategorien behandelt.

Die Kommissionsmitglieder sollen nach den Grundsätzen der Überparteilichkeit und Unabhängigkeit ausgewählt sein und verschiedenen öffentlichen sowie universitären und außeruniversitären Institutionen und Organisationen angehören.

Bei der Analyse der Beiträge kann die Kommission durch semantische Werkzeuge zur Textanalyse und -zusammenführung unterstützt werden. Diese Werkzeuge erfordern gewisse Vorbedingungen, wie eine ausreichend große Anzahl an zu verwertenden Beiträgen und eine strukturierte Gliederung des Themas in Kategorien.

Besonders häufig verwendete Begriffe und synonym verwendete Bezeichnungen werden im nächsten Schritt von den Semantiktools herausgefiltert und zueinander in Verbindung gesetzt. Daraus ergibt sich für jedes Themengebiet eine Anzahl von Schlüsselwörtern, die die Kommission als Grundlage zur Ausarbeitung der themenspezifischen Konzepte benutzen kann. Das Resultat der Analysephase sind dann diese Konzepte, die sich aus der Textanalyse der Diskussion und der ExpertInnendiskussion ergeben haben.

2.3. Die Validierungsphase

Die dritte Phase des deliberativen Prozesses der Online-Partizipation stellt die Validierung und Priorisierung der Konzepte dar, die in der vorangegangenen Phase auf Basis der erhobenen, diskutierten und kondensierten Daten erarbeitet wurden. Diese sollten unter Zuhilfenahme von Prüfinstrumenten evaluiert werden. Mögliche

Instrumente der Validierung sind Fragebögen und die Abstimmungen. Fragen und Bewertungsfelder müssen sich im Rahmen der vorgegebenen Kategorien bewegen, damit quantifizierbare Ergebnisse erzielt werden können und sind von Vorteil für die Auswertung und Ergebnisinterpretation.

Die sich abzeichnenden Ergebnisse der Beteiligung können in allen Phasen als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Die daraus entstehenden, validierten Konzepte sind das Ergebnis der BürgerInnenbeteiligung und dienen als Grundlage für die Projektdokumentation.

2.4. Die Veröffentlichungsphase

Die abschließende Phase der Veröffentlichung der Ergebnisse des deliberativen Prozesses der Online-Partizipation trägt zu einem transparenten Projektabschluss und der Nachhaltigkeit der Ergebnisse bei. Wichtige Bestandteile dieser Phase sind die Ergebnis- und die Maßnahmenkommunikation. Diese dient dazu, die Implikationen für die Beteiligten offen zu legen und ermöglicht ihnen auf diese Weise, den Einfluss ihrer Meinung direkt nachzuvollziehen. Durch diese Veröffentlichung der Ergebnisse werden kurz- und langfristige Umsetzungsstrategien und die Auswirkungen auf das politische und administrative Tagesgeschäft deutlich und nachvollziehbar. Hierbei trägt das Internet durch die direkte und einfache Zugänglichkeit zu einer Vereinfachung der Bekanntmachung der Ergebnisse bei. Es erleichtert eine weiterführende Diskussion der Ergebnisse, fördert neue Initiativen und hilft, Feedbackmechanismen aufrechtzuerhalten.

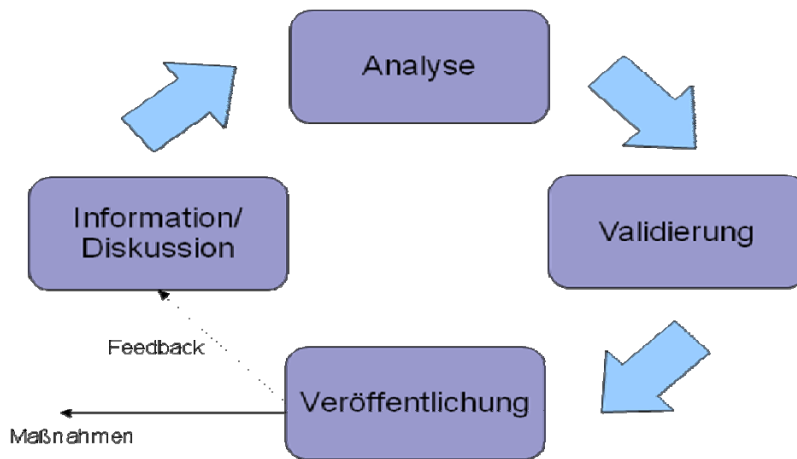


Abbildung 1: Der deliberative E-Partizipationsprozess nach Piswanger

2.5. Zusammenfassung

In dem hier beschriebenen Modell wird in einem strukturierten Ablauf die Generierung neuer von BürgerInnen be- und getriebener Konzepte ermöglicht. Dies geschieht durch die Anwendung der Deliberation in der Informations- und Kommunikationsphase, einer strukturierten Analysephase durch ModeratorInnen bzw. ExpertInnen sowie der darauf folgenden Bewertung durch die ideengebenden Bürgerinnen und Bürger. Bedeutend ist auch die abschließende Veröffentlichungsphase, die die Nachhaltigkeit der Ergebnisse gewährleisten sollte.

Das Modell von Piswanger orientiert sich insgesamt am Konzept einer neuen politischen Öffentlichkeit nach Habermas, wie es auch von Winkler [Wink03] beschrieben wurde. Folgt man dem 5-teiligen Politik-Lebenszyklus von Macintosh [Maci04] kann das hier beschriebene Modell insbesondere für das Agenda-Setting zum Anstoßen von neuen Entscheidungsprozessen verwendet werden. In der Abbildung 1 ist das Modell noch grafisch dargestellt.

3. Das Projekt *mitmachen.at*

In der Reihe der Experimente rund um die elektronische Demokratie des österreichischen Bundesrechenzentrums war *mitmachen.at* das bisher größte Projekt. Unter der Federführung des BRZ beteiligten sich die Verwaltung, Jugendeinrichtungen, Softwareanbieter und Think Tanks an diesem Projekt.

Im Vordergrund standen die Erprobung und Erforschung elektronischer Beteiligungsverfahren im Allgemeinen, wobei die technischen Umsetzungsmöglichkeiten Priorität genossen, sowie die Gestaltung von Rahmenbedingungen für solche Verfahren.

Die Zielgruppe waren junge Österreicherinnen und Österreicher und Jugendliche mit Österreichbezug zwischen 15 und 25. Sie wurden aufgefordert, sich Gedanken zu den ihrer Meinung nach wichtigsten Themen der Zukunft zu machen und dazu entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Das Projekt wurde über mehrere Kanäle beworben. Das geschah unter anderem durch mehrmalige E-Mail-Nachrichten an Schulen ab der 5. Schulstufe, sowie über MultiplikatorInnen wie Jugendorganisationen, Landesschulräte, EDV-LehrerInnen, als auch durch Aussendungen an Kontaktpersonen von Education Highway, Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) und der Abteilung Politische Bildung des österreichischen Unterrichtsministeriums.

3.1. Diskussion

In der ersten Phase startete der Diskussionsprozess von mitmachen.at. Dieser fand zwischen 1. und 27. November 2006 statt. Den Rahmen für die Diskussion bildete die Studie „Österreich 2050“ des Forschungsinstituts Metis [Mahr06]. Darin waren basierend auf 2.500 Einzelinterviews und acht Wellen von Fokusgruppen acht Themengebiete für die Diskussion identifiziert worden. Und zwar: (1) Umwelt, (2) Gesundheit, (3) Bildung, (4) Sicherheit, (5) Infrastruktur, (6) Sozialsystem, (7) Politisches System und (8) Beschäftigung.

Im ersten Teil des Verfahrens gewichteten die TeilnehmerInnen (gesamt 763 Abstimmungen) mittels einer 4-stufigen Skala von „sehr wichtig“ bis „nicht wichtig“ die jeweilige Bedeutung der vorgegebenen Themenbereiche. Damit entschieden sie, welche vier der acht Bereiche aus ihrer Sicht für die Zukunft Österreichs vorrangig zu behandeln wären.

Im zweiten Teil dieser ersten Phase konnten die Teilnehmenden die Denkansätze weiterentwickeln und eigene Vorschläge zu den einzelnen Themenbereich machen. Von den 2.079 eingebrachten Beiträgen konnte die Mehrzahl (1.424) in der zweiten Phase berücksichtigt und ausgewertet werden; diskriminierende Äußerungen wurden ausgeschlossen.

3.2. Analyse

In der zweiten Phase wurde eine weitere Personengruppe tätig: die Kommission, welche sich mit der inhaltlichen Bewertung der Beiträge befasste.

Die Kommission tagte zwischen 28. November und 14. Dezember 2007. Die ExpertInnen der Kommission wurden nach den Grundsätzen der Überparteilichkeit und der organisatorischen Unabhängigkeit gewählt. Sie entstammen der universitären und außeruniversitären Forschung und öffentlichen Einrichtungen. Die Kommission entwarf für jeden Themenbereich (abhängig von den Beiträgen) mehrere konkrete Konzepte. Die Beiträge zu den vier erstgereihten Themen wurden durch eine semantische IT-Anwendung nach der Häufigkeit der verwendeten Wörter und deren Gewichtung ausgewertet. Das Ergebnis dieser Auswertung zeigt, welche Begriffe besonders oft genannt wurden, welche synonym verwendet werden und wie sie

zueinander in Verbindung stehen. Dieses Ergebnis diente der Kommission als Grundlage für die themenspezifischen Konzepte. Insgesamt wurden so 174 Konzepte erstellt, die in der folgenden Phase wieder zur Abstimmung offen standen.

3.3. Validierung

Die erarbeiteten Zukunftskonzepte wurden in der dritten Phase (15. Dezember 2006 bis 31. Jänner 2007) auf der Projektwebsite präsentiert und konnten nun neuerlich bewertet werden. In diesem letzten Beteiligungsschritt wurden 2.578 Online-Fragebögen eingereicht. Das Ergebnis ist ein nach Prioritäten gereihter Maßnahmenkatalog, der auch als Arbeitsgrundlage für die Politik dienen kann. Dabei erreichte der Themenbereich Umwelt mit 398 Abstimmungen vor Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Sozialsystem, Infrastruktur, Politisches System und Beschäftigung das größte Interesse.

3.4. Veröffentlichung

Die vierte und letzte Phase begann am 1. Februar 2007; die Ergebnisse des Projekts und die bei der Implementierung gemachten Erfahrungen wurden am 14. Februar in einer Pressekonferenz im Parlament der Öffentlichkeit vorgestellt. Darüber hinaus wurden die Resultate sowohl am Portal www.mitmachen.at veröffentlicht als auch EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung sowie der Bundesjugendvertretung zur politischen Verwertung übermittelt.

3.5. Zusammenfassung

Grundsätzlich hat sich das verwendete Verfahren als geeignetes Mittel zur Beteiligung von Jugendlichen gezeigt. Als Erfolg darf gewertet werden, dass die ausgearbeiteten Konzepte durchaus auch als „kleines Regierungsprogramm der Jugend“ angesehen werden können, wie dies von einem Kommissionsmitglied im Rahmen der Abschlusspressekonferenz bezeichnet wurden. Insgesamt darf man mit dem Interesse der Zielgruppe am Projekt zufrieden sein.

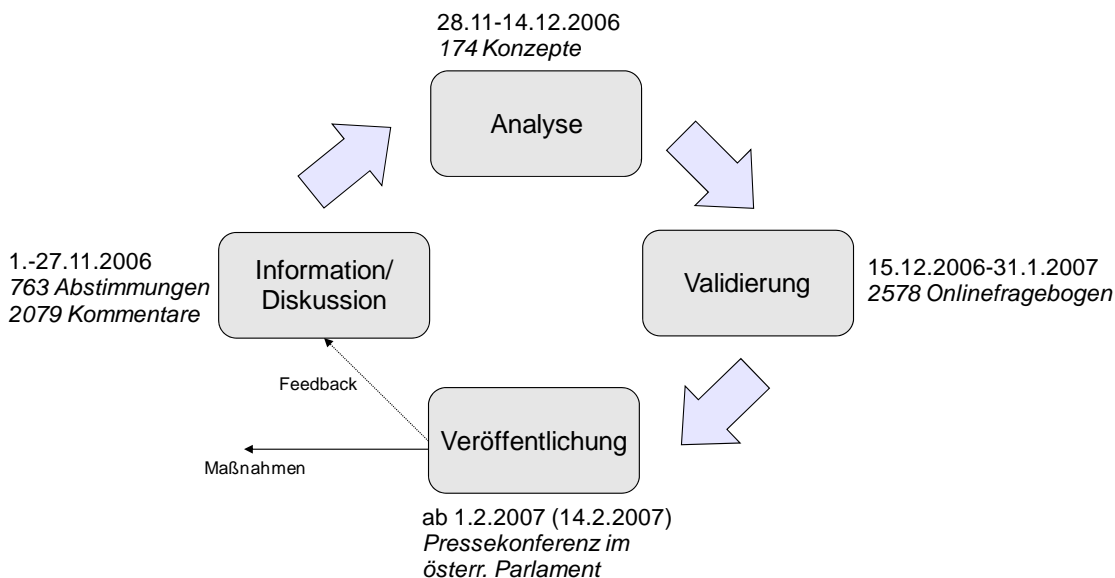


Abbildung 2: Das Projekt **mitmachen.at** im Überblick

Eine höhere Quote könnte in der Zukunft mit einer besseren Abstimmung etwa zwischen Projekt- und Schulzeitplan erzielt werden, sowie durch verstärkte multimediale Bewerbung über das Medium E-Mail hinaus.

Insgesamt verfolgte **mitmachen.at** einen Top-Down-Ansatz, was insbesondere in der ersten Phase zum Tragen kam, da die behandelten Themen vorgegeben waren. Dadurch wurden die partizipatorischen Möglichkeiten zwar nicht in Form und Ablauf eingeschränkt, aber die Vielfalt der Themen und Meinungsäußerungen wurde eingegrenzt. In Zukunft sollte auch die Integration eines Bottom-Up Ansatzes in das Verfahren möglich sein.

In der Analysephase hat das verwendete semantische Analyse-Tool nach Ansicht der Kommission zur Zusammenführung der Meinungen und Konzepte aus technischer Perspektive die Arbeit unterstützt. Durch einen Ausbau der Verwendungsmöglichkeiten könnte das Potenzial zur Textzusammenführung besser genutzt werden. Dies würde jedoch eine höhere Anzahl an Beiträgen erfordern, um signifikante Ergebnisse liefern zu können.

In der dritten Phase, in der die konkreten Ergebnisse erhoben wurden, zeichnete sich deutlich das Thema „Umwelt“ als das prioritäre Thema des Beteiligungs-Projektes ab. Darüber, inwieweit dies auf das gleichzeitig vom Österreichischen Rundfunk bearbeitete Schwerpunkt-Thema „Klimawandel“ zurückzuführen ist, können nur Vermutungen angestellt werden. Daraus ergeben sich potenzielle Begleitforschungsthemen bei künftigen Projekten: Die Beobachtung

und Bewertung möglicher Korrelationen zwischen gewählten Themenschwerpunkten und massenmedial aufbereiteten Themen. Zu diesem Zweck wäre die Themen-Entwicklung in den Massenmedien entsprechend zu beobachten.

Schlussbemerkung

Das Projekt **mitmachen.at** war bis dato das größte österreichische E-Partizipationsprojekt. Es ist der Initiative des Bundesrechenzentrums zu verdanken, dass Österreich damit über ein Pilotprojekt verfügt, das international bestehen kann. Es liegt an den EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung aus diesen mit der Aktivierung von Jugendlichen für politische Fragestellungen gemachten Erfahrungen in Zukunft neue Formen der BürgerInnenbeteiligung mit Hilfe des Internets zu ermöglichen.

4. Schlussbemerkung

Das Projekt **mitmachen.at** war bis dato das größte österreichische E-Partizipationsprojekt. Es ist der Initiative des Bundesrechenzentrums zu verdanken, dass Österreich damit über ein Pilotprojekt verfügt, das international bestehen kann. Es liegt an den EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung aus diesen mit der Aktivierung von Jugendlichen für politische Fragestellungen gemachten Erfahrungen in Zukunft neue Formen der BürgerInnenbeteiligung mit Hilfe des Internets zu ermöglichen.

Literatur

- [Astr01] Aström, J. (2001): Should Democracy Online be Quick, Strong, or Thin?, Communications of the ACM, Vol. 44, Nr. 1, S. 49-51.
- [Barb84] Barber, B. R. (1984): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age, University of California Press, Berkeley, London, 320 S.
- [Buch06] Buchsbaum, T. (2006): IHRE Meinung bitte zu Staatsbürgerschaftsfragen' – ein E-Democracy-Projekt des BMaA, in: Schweighofer, E., Liebwald, D. and Drachsler, M. (eds.), E-Staat und e-Wirtschaft aus rechtlicher Sicht, Borberg Verlag, Bonn, S. 123-130.
- [Habe62] Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied, 391 Seiten.
- [Maci04] Macintosh, A. (2004): Characterizing E-Participation in Policy-Making, Tagungsband der HICSS37, Hawaii.
- [Mahr06] Mahrer, H. (2006): Österreich 2050 – Visionen und Werte für Österreichs Zukunft, in: Mahrer, H. (Hrsg.), Österreich 2050, Wien, S. 11-42.
- [PaSe03] Parycek, P., Seböck, W. (2003): Elektronische Demokratie – Chancen und Risiken für Gemeinden, in: Prosser, A. and Krimmer, R. (Hrsg.), E-Democracy: Technology, Law and Politics, (Nr. 174), OCG Verlag, Wien, S. 25-36.
- [IDEA02] Pintor, R. L. P., Gratschew, M. (2002): Voter Turnout since 1945. A Global Report, Stockholm: IDEA Institute for Democracy and Electoral Assistance, 181 Seiten.
- [Pisw04] Piswanger, C.-M. (2004): E-Participation bei kommunalen Planungsprozessen. Skizzierung von Einflussfaktoren und Verfahren, Master These, Donauuniversität, Krems.
- [Pisw05] Piswanger, C.-M. (2005): E-Democracy – Bürger machen Politik. In: BRZ Direkt, S.14.
- [Pisw06] Piswanger, C.-M. (2006): E-Democracy: Politik von morgen hat begonnen – das BRZ liefert die Lösungen. In: BRZ Direkt, S.6-8.
- [UNDP02] United Nations Development Programme (2002): Human Development Report 2002: Deepening democracy in a fragmented world, Oxford University Press, New York, 278 Seiten.
- [vLRe04] von Lucke, J., Reinermann, H. (2004): Speyerer Definition von Electronic Government, <http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf>, Zugriff am 2007-04-21.
- [Wink03] Winkler, R. (2003): E-Democracy: Potentials and Constraints of Online Participation in the Political Public Sphere, in: Prosser, A. and Krimmer, R. (Hrsg.), E-Democracy: Technology, Law and Politics, (Nr. 174), OCG Verlag, Wien, S. 5-14.